

Meldungen

zusammengestellt von Jan Heller

Streit um den größten Diamanten der Welt

"Koh-i-Noor", Berg des Lichts, heißt der größte Diamant der Welt. Bekannt ist er als Teil der britischen Kronjuwelen, er zierte die Krone der jetzigen Queen Mum, als ihr Gatte als George VI. 1936 den Thron bestieg. Sie war extra aus Platin angefertigt worden, um den Riesenbrocken aus kristallisiertem Kohlenstoff zu tragen. Weniger bekannt ist, daß vier weitere Länder Anspruch auf den Edelstein erheben, den sie als Bestandteil ihres nationalen Kulturerbes reklamieren, so wie etwa Mexikos Azteken die Federkrone Montezumas aus einem Wiener Museum oder türkische Behörden den in Berlin ausgestellten Pergamon-Altar zurück verlangen: Indien, Pakistan, Iran und neuerdings auch Afghanistan.

In der vergangenen Woche erklärte der Sprecher des Taliban-Außenministeriums Faiz Ahmad Faiz, der Koh-i-Noor sei "legitimes Eigentum" Afghanistans. Man verlange ihn zurück, so wie "viele andere Dinge", die während der britischen kolonialen Eroberungsversuche im vergangenen Jahrhundert aus Afghanistan "illegal" verschleppt worden seien. Die Taliban wollen den Stein in ihrem jüngst renovierten Nationalmuseum in der Hauptstadt Kabul ausstellen, das während der letzten zehn Jahre des Bürgerkrieges fast alle seine besten Stücke eingebüßt hat, entweder durch Raketenbeschuß oder Plünderer.

Die Ansprüche sind Ausdruck der wechselhaften und teilweise blutigen Geschichte des Diamanten. Ursprünglich zierte er die Krone des persischen Herrschers Nader Shah, der 1747 ermordet wurde. Der wiederum hatte ihn bei seinen Eroberungszügen ins schwächelnde Reich der indischen Moghul-Kaiser an sich gebracht. Taliban-Sprecher Faiz leitet daraus ab, daß die afghanischen Ansprüche begründeter seien als die indischen, die vor sechs Monaten ein Parlamentsausschuß in Delhi erhoben hatte: Die Moghul-Dynastie sei afghanischen Ursprungs - ihr Begründer Babur startete seinen Aufstieg in Kabul, wo er auch begraben liegt.

Nach Naders Tod fiel der Koh-i-Noor

erneut in afghanische Hände, denn Naders Söldnerheerführer Ahmad Abdali nahm den Diamanten mit in seine Heimatstadt Kandahar, wo er als Ahmad Shah Durrani noch im selben Jahr Afghanistan als eigenständigen Staat begründete. Doch auch Ahmads Reich war nicht von langer Dauer und zerfiel nach seinem Tod in den Nachfolgestreitigkeiten zwischen seinen Söhnen. Benachbarte Sikh-Herrscher zogen daraus ihren Nutzen. Als einer der von den Briten protegierten Nachfolger Ahmads, Shah Shoja, gestürzt wurde, befreite ihn der Sikh-König Ranjit Singh aus dem Gefängnis und wurde dafür mit dem Koh-i-Noor beschenkt (Ranjit residierte im heute pakistanischen Lahore, daher der Anspruch Islamabad). Als das Sikh-Reich sich seinerseits der britischen Kolonialisierung beugen mußte, "übergab" Ranjits elfjähriger Sohn Prinz Maharadsha Dalip Singh den Stein an Queen Victoria. Dieser schwache britische Anspruch könnte den Verantwortlichen im Londoner Tower, wo die Kronjuwelen aufbewahrt werden, möglicherweise eines Tages doch noch Kopfschmerzen bereiten. Bisher redet man sich dort mit der "Vielzahl der Ansprüche" heraus, die es schwer machen würden, den wirklichen Eigentümer heraus zu finden.

OIC ließ Afghanistans Sitz weiter frei

Die Taliban haben sich beim jährlichen Gipfel der 'Organization of Islamic Conference' (OIC) in Doha (Qatar) Anfang November, der 55 islamische Staaten angehören, vergeblich darum bemüht, den seit 1996 vakanten Sitz Afghanistans zugesprochen zu bekommen und damit den Grad ihrer internationalen Anerkennung zu erhöhen. Taliban-Informationsminister Qudratullah Jamal erklärte, "es wäre nur fair, wenn die OIC die Realität akzeptierte. "Nicht nur die OIC, sondern alle internationalen Organisationen sollten uns als die legitimen Herrscher Afghanistans akzeptieren."

Ein Vertreter der Taliban-Gegner, ihr Außenminister Dr. Abdullah, wies den Anspruch der Taliban zurück und forderte die OIC auf, dem Beispiel der UN zu folgen und Afghanistans Sitz seiner 'Vereinigten Front' (VF) zuzusprechen. "Wir wollen, daß der Sitz unseres Lan-

des wieder der legitimen Regierung Afghanistans zugesprochen wird", sagte er.

Die OIC forderte ihrerseits beide Seiten im Abschlußkommunique der Konferenz auf, den Krieg zu beenden und sich Friedensgesprächen zu stellen. Gastgeber Qatar hatte sowohl Taliban-Außenminister Mulla Wakil Ahmad Muttawakil als auch einen Repräsentanten des 'Islamischen Staates Afghanistan' der VF "als Beobachter, nicht als Mitglieder" zu der Konferenz eingeladen. Beide Seiten waren der Einladung auch gefolgt.

Bisher erkennen nur Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate das 'Islamische Emirat Afghanistan' der Taliban diplomatisch an.

An dem Gipfel in Doha nahmen auch UN-Generalsekretär Kofi Annan und dessen persönlicher Vertreter für Afghanistan, Francesc Vendrell, teil.

Pakistan schließt Grenze für afghanische Flüchtlinge

Weil die Behörden im Zuge der jüngsten Kämpfe in Nord-Afghanistan in den nächsten sechs Wochen 500.000 weitere Flüchtlinge aus dem Nachbarland erwarten, hat die pakistanische Nord-west-Grenzprovinz (NWFP) die Grenze in Torkham am Khyber-Paß Anfang November geschlossen. Das sagte ein namentlich nicht genannter Offizieller des Kommissariats für afghanische Flüchtlinge der pakistanischen Zeitung 'Dawn' Mitte November. Nur jene Afghanen, die einen Ausweis des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) erhalten hätten, sei es erlaubt, die Grenze zu überqueren. Innenstaatssekretär Hasan Raza Pasha hingegen wurde am 15. November in der Zeitung 'The News' mit der Aussage zitiert, Berichte über die Grenzschließung seien "inkorrekt", der Zustrom aus Afghanistan werde "jetzt" nur "reguliert". Der Nachrichtenagentur 'Afghan Islamic Press' (AIP) und Augenzeugen zu Folge haben die Taliban begonnen, Flüchtlinge 15 Kilometer vom Grenzübergang entfernt zu stoppen.

Anfang November hatte auch Regierung von Sindh eine große Operation gegen die über eine Million illegalen afghanischen Flüchtlinge dort angekündigt. Das UNHCR bestätigte, daß täglich

etwa 500, Anfang November noch 300 bis 350 Flüchtlinge täglich die Grenze bei Torkham, Chaman und Chagi passiert hätten. Insgesamt seien dort in den letzten Wochen 30.000 Menschen "im Zustand reiner Verzweiflung" eingetroffen. Einer Untersuchung der Zeitung 'Frontier Post' (Peshawar) zu Folge, die am 18. Oktober veröffentlicht wurde, stellen die seit 20 Jahren in der NWFP lebenden, derzeit 1,6 Millionen afghanischen Flüchtlinge eine "nie dagewesene Belastung für die Ressourcen des Landes generell und der NWFP im besonderen" dar. "Sie haben alle ökonomischen Aktivitäten von den Einheimischen okkupiert" heißt es darin weiter. "Die Menschen, und besonders die Business-Community, ist gerechtfertigt in ihrer Forderung, die Flüchtlinge entweder in ihr eigenes Land zu repatriieren oder wenigstens ihre Bewegungsfreiheit auf ihre Lager zu beschränken."

Fast der gesamte Großhandel werde von ihnen monopolisiert, sie seien von Steuern ausgenommen und hätten unberechtigter Weise - weil viele inzwischen einen pakistanischen Paß besäßen - Eigentum in der NWFP erworben. Es bestehe allerdings kein Zweifel daran, daß die Flüchtlinge "ehrlich in ihren Geschäften" seien.

Die Taliban, durch ihren Botschafter Mulla Abdul Salam Zaif, und die VF haben Pakistans Regierung aufgefordert, das Passierverbot aufzuheben. Beim UNHCR hieß es, man verstehe Pakistans Besorgnis, appelliere aber für eine Rücknahme der Entscheidung.

Loya-Jirga-Delegation in Mittelasien

Anhänger des 1973 gestürzten und in Rom lebenden afghanischen Königs Muhammad Zahir Shah besuchten Mitte November Mittelasien. Sie warben in Usbekistan um die Unterstützung der dortigen Regierung für die Einberufung einer 'Loya Jirga'. Mit Hilfe dieser traditionellen afghanischen Versammlung von Notablen soll die afghanische Krise beigelegt und der künftige Status Afghanistans bestimmt werden. "Das Ziel ist es, das Recht der Afghanen auf freie Selbstbestimmung zu respektieren", sagte Delegationsmitglied Dr. Zalmai Rassoul, Sekretär des Ex-Königs. Außerdem will die Delegation Iran und Tadjikistan besuchen sowie VF-Vertreter treffen.

Dem früheren afghanischen Außenministers Hamid Karzai zu Folge, der ebenfalls zu der Delegation gehört, habe Usbekistans Außenminister Kamilow sich für eine friedliche Lösung des Afghanistan-Konflikts, für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Afghanistans sowie "gute und brüderliche Beziehungen" zwischen beiden Ländern ausge-

sprochen.

Die Beziehungen zwischen den Taliban und Usbekistan sind gespannt, seit Usbekistan der afghanischen Bewegung vorwarf, militante usbekische Islamisten zu beherbergen, die im Sommer 1999 und 2000 nach Usbekistan eindringen. Sie wollen dort ein "islamisches Kalifat" errichten. In den letzten Wochen ist Taschkent aber von seiner harten Haltung abgewichen, keine Gespräche mit den Taliban zu führen. Es hat offiziell zugestimmt - das aber noch nicht in die Tat umgesetzt -, die Grenze zu Afghanistan wieder zu öffnen, um den Handel zwischen beiden Ländern zu fördern.

Usbekistan hatte den Grenzübergang Hairatan über den Fluß Amu-Darja 1998 geschlossen, nachdem die Taliban Mazar-e Sharif eingenommen hatten. Nach mehreren Treffen auf Botschafterebene steht nun auch ein Treffen auf Vizeaußenministerebene in Aussicht.

Wo ist Usama bin Laden?

Nach dem Anschlag auf ein US-Kriegsschiff im Hafen von Aden (Jemen) am 12. Oktober, dem 17 US-Seeleute zum Opfer fielen, ist erneut der aus Saudi-Arabien stammende und im Taliban-Asyl lebende Islamisten-Führer Usama bin Laden und die Frage nach seinem genauen Aufenthaltsort in den Brennpunkt geraten. Nach US-Angaben ist Usama auch für zwei Anschläge auf US-Botschaften in Ostafrika Mitte 1998 verantwortlich. Einem Internet-Bericht der afghanischen Taliban-Gegner von der VF zu Folge habe Usama "und Hunderte seiner Taliban- und arabischen Leibwächter" in der Nacht des 7. November, nach anderen Angaben am 22. Oktober, die Stadt Kandahar in Richtung der zentralafghanischen Provinz Uruzgan aus Furcht vor einem erneuten US-Gegenschlag verlassen. Im Sommer 1998 hatte Washington 75 Cruise Missile auf Usamas Camps in Afghanistan abgefeuert, ihn aber verfehlt. An seinem neuen Aufenthaltsort werde Usama von 2.700 Bewaffneten mit Flak und Stinger-Boden-Luft-Raketen bewacht. Bei seinem Abrücken seien über 100 Fahrzeuge sowie hohe Taliban-Beamte, darunter Außenminister Muttawakil, beobachtet worden. Die Berichte sind ebenso unbestätigt wie eine Meldung der Zeitung 'Al Hayat', US-Jets seien über einem Lager Usamas in Kandahar aufgetaucht, und ein Bericht der 'Frontier Post', US-Kriegsschiffe befänden sich 40 Seemeilen außerhalb pakistanischer Gewässer.

Die Taliban haben eine Verwicklung Usamas in den Jemen-Anschlag strikt bestritten. Er befände sich unter ihrer Kontrolle und könne von Afghanistan aus gegen keinen fremden Staat agie-

ren. Einer Meldung der russischen Nachrichtenagentur 'Itar-Tass' vom 16. Oktober zu Folge soll Usama inzwischen zum vierten Mal geheiratet haben, und zwar ein 18-jähriges jemenitisches Mädchen. Usamas Familie stammt ursprünglich aus Jemen. Die Hochzeit sei in einem Kandaharer Vorort "glanzvoll" gefeiert worden.

Pakistanisch-afghanischer Handel

Zollfreie Waren im Wert von 3,5 Milliarden Rupien durfte Kabul der Zeitung 'Dawn' vom 12. November zu Folge zwischen Juli und Oktober über Häfen Pakistans einführen. Darunter seien Zucker im Wert von 1,116 Milliarden Rupien und Tee für 441,68 Millionen Rupien. Auf der Liste stünden auch Artikel wie Kosmetika, Video- und Fernsehgeräte, die Pakistan eigentlich von der Liste der im 'Afghan Transit Trade Agreement' erlaubten Güter streichen will. Die Zeitung kommentiert, daß die meisten dieser Waren unter Umgehung der Verzollung nach Pakistan rückimportiert worden seien.

Neues von Hekmatyar

Der in Iran lebende frühere Mujahedin-Führer Gulbuddin Hekmatyar hat Anfang November in einem Brief seine Anhänger innerhalb Afghanistans aufgerufen, sich sowohl gegen die Taliban als auch gegen ihre Gegner zu erheben und sie von der "afghanischen Szene zu eliminieren". Beide Seiten würden von ausländischen Kräften kontrolliert, schreibt Hekmatyar weiter. Während des Jihad gegen die sowjetische Besatzung (1979-89) hatte Hekmatyars 'Hezb-e-Islami Afghanistan' (HIA), inzwischen in mehrere Fraktionen zerfallen, den Löwenanteil der über den pakistanischen Geheimdienst ISI geleiteten US- und arabischen Hilfe erhalten.

Gesprächsangebote an die Taliban

Kasachstans Präsident Nursultan Nazarbajev hat Anfang November erklärt, sein Land sei bereit, Gespräche mit den Taliban zu beginnen. Zuvor hatte Kasachstan angesichts des Eindringens usbekischer Islamisten in die Nachbarländer Usbekistan, Tadjikistan und Kirgistan seine Sondereinheiten in Alarmzustand versetzt und den Verteidigungsetat für 2001 verdoppelt.

Kein Bart, keine Dienstleistungen

Ankündigungen, daß Besucher, die keinen Bart tragen, nicht bedient und nicht bei Bewerbungen berücksichtigt würden, sind Anfang November vor Ministerien in Kabul aufgetaucht. Ein ent-

sprechendes Dekret von Taliban-Führer Mulla Muhammad Omar sei dort auf Plakaten angeschlagen worden. "Sich einen Bart wachsen zu lassen, ist die Tradition des Propheten des Islam Muhammad und die muß von den Muslimen befolgt werden", heißt es darin.

USA beschuldigen Pakistan der militärischen Einmischung

Die US-Regierung hat Pakistans Demontis zurückgewiesen, daß Islamabad die Taliban militärisch unterstütze. "Informationen über die militärische Verwicklung Pakistans in Afghanistan ist den Russen bekannt geworden", sagte US-Vizeaußenminister Thomas Pickering der 'Voice of America' in einem Interview Anfang November. "Wir haben mit Pakistan darüber gesprochen. Pakistan ist strikt im Abstreiten dieser Verwicklung, aber wir glauben, daß es trotzdem wahr bleibt." Pickering ersuchte Pakistan zu überdenken, ob es mit dem, was es mit den Taliban in Afghanistan tue, und was es den Taliban in Pakistan zu tun erlaube, seinen nationalen Interessen entspreche.

Endlich Regen

Nach 18 Monaten Trockenheit hat es in Kabul und anderen Gebieten Afghanistans am 6. und 7. November - und dann zweimal an darauf folgenden Tagen - geregnet. In Kabul tanzten Kinder auf der Straße, Menschen gratulierten sich gegenseitig. Neben der Hauptstadt empfangen auch Kandahar, Herat, Jalalabad, die Provinzen Faryab, Nimruz und Kunar ausgiebige Niederschläge. Die genaue Menge konnte nicht gemessen werden, da in Afghanistan kein meteorologischer Dienst mehr existiert.

Afghanistan wird gegenwärtig von der schwersten Dürre seit fast 30 Jahren heimgesucht, die auch Nachbarstaaten von Georgien bis Indien betrifft. 12 bis 13 der etwa 22 Millionen Einwohner Afghanistans sind davon betroffen, davon laut FAO drei bis vier Millionen "ernstlich".

Dem WFP zu Folge sind auf Grund mehrerer Ernteausfälle etwa eine halbe Million Afghanen vom Hungertod bedroht. Eine gemeinsame Mission von FAO und WFP stellte fest, daß Afghanistans Getreideernte im Jahr 2000 etwa 1,82 Millionen Tonnen betragen wird, 44 Prozent weniger als 1999. Damit müssen zur Versorgung der Bevölkerung 2,3 Millionen Tonnen importiert werden, mehr als das Doppelte im Vergleich zum Vorjahr. Mit etwa 1,25 Millionen Tonnen voraussagbaren kommerziellen Importen und Hilfslieferungen beträgt das Getreidedefizit etwa eine Million Tonnen. Laut FAO werden derzeit 115.000

Tonnen Nahrungsmittelhilfe dringend benötigt, um "lebensrettende Hilfe aufrecht zu erhalten". Wenn wir nicht schnell handeln, wird es in Afghanistan eine Situation wie in Somalia geben", sagte ein WFP-Sprecher in Pakistan Ende Oktober. Das WFP versorgt derzeit etwa 2,3 Millionen Afghanen, aber das Geld geht zunehmend aus. Schon zuvor hatte es im subtropischen und daher vom Monsun begünstigten Osten Afghanistan heftig geregnet, was zu mehreren Erdbeben und der Unterbrechung der Hauptstraße Kabul-Jalalabad geführt hatte. Bereits vor Wochen hatte Taliban-Chef Mulla Omar den Afghanen vorgeworfen, selbst an der Dürre Schuld zu sein, weil sie nicht regelmäßig die fünf täglichen Gebete verrichtet hätten.

Trotz "Taliban-Problem": USA größter Geber

Die USA sind laut einer am 8. November in Washington veröffentlichten Information des 'State Department' mit über 100 Millionen Dollar im Jahr 2000 der größte Geber humanitärer Hilfe für Afghanistan. Diese Hilfe wird über UN-Agenturen und NGOs verteilt.

Opiumpreis steigt nach Verbot

Auf ein "nie gekanntes Niveau" sind die Opiumpreise Afghanistan gestiegen, nachdem die Taliban den Anbau von Opiummohn im Sommer offiziell per Dekret Mulla Omars verboten haben. Ende Oktober gaben die Taliban bekannt, das Verbot gelte auch für Bauern in den Oppositionsgebieten. Jede Zuwiderhandlung werde bestraft, ohne Recht auf Einspruch. 'Radio Tehran' zu Folge hat sich Preis inzwischen verdreifacht - auf über 6.000 pakistanische Rupien pro Kilogramm. Laut Augenzeugen sei ein große Opiumbasar im Gebiet Shinwari von den Taliban geschlossen worden. Es sei auch zu Spannungen zwischen Taliban und Bauern in Shinwari und Khugyani (Provinz Nangrahar) gekommen, nachdem mehrere Opiumbauern verhaftet worden seien. Laut einem Bericht des Taliban-Radios 'Stimme der Scharia' von Ende Oktober zerstörten die Taliban auch 25 Heroinlabors in der Provinz Helmand, die zu ihrem engsten Stammland gehört.

Zwangsdeportierter erhält Asyl

Amnesty International hat am 30. Oktober berichtet, der afghanische Professor Mohammad Rahim Elham habe "in einem sicheren Land" politisches Asyl erhalten. Elham, der als Flüchtling in Pakistan lebte, war im Juni zwangsweise nach Afghanistan deportiert worden. Internationaler Druck habe seine

Rückkehr nach Pakistan und seine Übersiedlung in die USA ermöglicht.

Afghani verliert an Wert

Die Landeswährung Afghani ist nach Gerüchten über einen möglichen weiteren US-Vergeltungsschlag gegen Usama bin Laden sowie UN-Sanktionen auf einen neuen Tiefpunkt gefallen. In Kabul wurden Ende Oktober 66.000 Afghani für einen US-Dollar gezahlt. Inzwischen ist der Kurs leicht verbessert, steht aber immer über 60.000 Afghani. Unter dem Titel "USA finden einen Feind, aber keinen Beweis" berichtete die 'New York Times' am 31. Oktober, daß immer noch "konkrete Beweise" für die Urheber des Anschlags auf ein US-Schiff in Jemen und eine etwaige Beteiligung Usamas fehlten.

Wieder Ärger beim Fußball

Bereits zum zweiten Mal hat die Religionspolizei der Taliban Ende Oktober im Kabuler Nationalstadion ein Mannschaft aus Pakistan mißhandelt. Sportausrüstungen wurden konfisziert, Spieler gejagt und sogar verhaftet. Offenbar steht der Vorfall im Zusammenhang mit einem neuen Verbot, daß Sportveranstaltungen zwischen dem Nachmittags- und dem Abendgebet untersagt. "Die Taliban-Polizei hat anscheinend alle Normen zivilisierten Verhaltens und Traditionen der afghanischen Gastfreundschaft in den Wind geschlagen", kommentierte die pakistanische Zeitung 'The Nation'. Der Vorfall folge auf die Ernennung "des früheren Hardliner-Chefs der Religionspolizei" als neuen Chef des Nationalen Olympischen Komitees, heißt es weiter. Die Zeitung verlangte einen "diplomatischen Protest" Pakistans "in der härtesten Sprache". Und weiter: "Vielleicht ist es auch höchste Zeit, daß Islamabad seine bilateralen Beziehungen zu einer Regierung überdenke, die zunehmend in solch einer barbarischen Art handelt".

Bekannter Intellektueller verstorben

Der afghanische Journalist und Schriftsteller Sabahuddin Kushkaki ist Ende Oktober im Exil in den USA verstorben. Unter König Zaher war Kushkaki Chefredakteur der Zeitung 'Anis' sowie Chef der Nachrichtenagentur 'Bakhtar' und von 'Kabul Radio'. Anfang der 70er Jahre war er Minister für Information und Kultur. Nach der April-Revolution 1978 wurde er inhaftiert und konnte später in die USA ausreisen.